

B E S C H L U S S

der Bundesdelegiertenkonferenz 1983
der Deutschen Jungdemokraten

Thesenpapier zur Aktualität antikapitalistischer Politik

VORBEMERKUNG

Das vorliegende Thesenpapier und der daran anschließende Begründungstext sind aus der Erkenntnis heraus entstanden, daß der Machtwechsel in Bonn mehr als nur eine politische Fehlentwicklung in der Geschichte der BRD darstellt. Vielmehr ist diese Entwicklung Ausdruck einer sich seit Jahren abzeichnenden Neuformation politischer Machtverhältnisse, die sowohl den parlamentarischen Komplex als auch die außerparlamentarischen Veränderungsprozesse in diesem System umfaßt. Insofern bedeutet die konstituierte Rechtsentwicklung gerade für unseren Verband eine Zäsur und stellt ihn vor die Aufgabe, unter Berücksichtigung aller Entwicklungstendenzen eine wirkungsvolle, politisch umsetzbare Perspektive als radikaldemokratischer Jugendverband zu entwickeln. In diesem Zusammenhang begreifen die Autoren ihre Aussagen als konstruktiven Beitrag zu einer Diskussion über die inhaltlichen Ziele und strategischen Konzepte der DJD, die in Verbindung mit der Abkoppelung von der FDP und der gleichzeitigen Neugründung einer sozialliberalen Partei geführt werden muß. Gleichzeitig verleihen sie ihrer Sorge Ausdruck, daß mit der Neugründung einer sozialliberalen Partei die radikaldemokratische, antikapitalistische und parlamentarismus-kritische Identität der DJD Schaden nimmt. Die Verfasser verstehen ihre Thesen somit auch als Warnung vor einem um sich greifenden Parteigründungsfever, welches die Antriebsfedern jungdemokratischer Politikansätze in den Hintergrund drängt und unter dem Lichte tagespolitischer Notwendigkeiten wirkungslos macht. Eine neue Partei braucht von den DJD ein klares politisches Angebot, um zu einer konstruktiven Zusammenarbeit fähig zu sein. Umgekehrt gilt dies auch für unseren Verband. In diesem, und in keinem anderen Sinne will dieses Papier verstanden sein.

THESE 1

Die Gesetzmäßigkeiten der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse in der BRD, die zur Etablierung einer liberalkonservativen Regierung als sichtbarstem Ausdruck neokonservativer Krisenbewältigungsstrategien geführt haben, sowie die der vielfältigen Erscheinungen außerparlamentarischer Widerstandsformen sind bereits im Leverkusener Manifest beschrieben worden.

THESE 2

Die derzeitige Wirtschaftskrise der westlichen Industriestaaten stellt sich nicht dar als eine zeitlich begrenzte Rezession, sondern als Strukturkrise spätkapitalistischer Systeme. Sie ist vor allem gekennzeichnet durch wachsende Massenarbeitslosigkeit und eine "spätindustrielle Revolution" im Zuge neuer Technologien, die vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu einer verschärften ökonomischen Ausgrenzung führen wird. Diese ökonomische Ausgrenzung erfaßt auf dem Wege der Arbeitsplatzvernichtung die Bereiche Verwaltung und Produktion, indirekt über die Infragestellung staatlicher Daseinsfürsorge aber auch alle sozial schwachen Gruppen unserer Gesellschaft. Diese Entwicklung geht parallel zu einer Umverteilung gesellschaftlicher Produktion von sozialen zu militärischen Ausgaben.

THESE 3

Die Politik-Konzepte der sozialliberalen Koalition waren in ihren Grundzügen, Kompromißkonzepte, die einen Ausgleich suchten zwischen den ökonomischen Interessen der Kapitalfraktionen und dem Zwang des Staates, die soziale und politische Akzeptanz der Bevölkerung sicherzustellen. Das Scheitern dieser Kompromißpolitik ist aufgrund der Tatsachen vorgegeben, daß die entscheidenden ökonomischen Grundlagen nicht infrage gestellt werden konnten und somit auch keine mittel- und langfristige Krisenbewältigung möglich ist. Das Fehlen diesbezüglicher Perspektiven führte zur Veränderung der etablierten Parteiformationen und, seit dem Regierungswechsel, zu einer vordergründigen politischen Polarisierung.

THESE 4

Die neue liberal-konservative Regierung hat die sozial harmonisierenden Politik-Konzepte der sozial-liberalen Koalition verworfen und an ihre Stelle die Hoffnung auf die Selbstheilungskräfte des Marktes gesetzt. Diese Hoffnung ist gestützt auf eine Politik, die über Investitionsanreize und wachsende Gewinnspannen auf der einen Seite und soziale Demontage, Reallohnabbau und sinkender Massenkaufkraft auf der anderen Seite gekennzeichnet ist.

Im Bereich der Außenpolitik findet die politische Wende ihren Niederschlag in einer engen Anbindung an die US-amerikanische Politik der militärischen Stärke.

THESE 5

Voraussetzung für eine die sozialen, materiellen und ökologischen Lebensgrundlagen gegen rechts-konservative Restaurationsbetreibungen wahrende Reformstrategie ist heute die parlamentarische Ablösung der CDU/CSU-dominierten Mehrheiten durch die Bildung eines linksdemokratischen Reformblockes*; dazu gehören sowohl die parlamentarischen Kräfte wie die SPD, die Grünen und die Sozial-liberalen, als auch die außerparlamentarischen Bewegungen im Friedens-, Ökologie-, Frauen-, und Gewerkschaftsbereich. Grundlage für diese weiterentwickelte Reformstrategie muß die Erkenntnis sein, daß der Widerstand gegen die Rechtsentwicklung allein erfolgversprechend ist, wenn es gelingt, ein breites außerparlamentarisches Widerstandspotential zu organisieren. Die Erfahrung der vergangenen 13 Jahre haben eindeutig gezeigt, daß Wahlarithmetik nicht ausreichend ist, um fortschrittliche Politik als Grundlage antikapitalistischer Politik im Sinne unseres Verbandes festzuschreiben.

THESE 6

Das Sich-Wiederfinden in der Oppositionsrolle bewirkte bei der Sozialdemokratie ausschließlich kosmetische Veränderungen. Eine grundsätzliche politisch-inhaltliche wie auch strategische Neubestimmung sozialdemokratischer Politik unter dem Lichte gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse hat nicht stattgefunden. Momentan ist eine Rückbesinnung auf ungebrochene Traditionslinien festzustellen; die SPD wird versuchen, traditionelle Politikfelder

mit traditionellen Lösungen, Mitgliedern und Wählern abzudecken. Für die Bildung eines Reformbündnisses bedeutet dies

Sowohl die untere wie die obere Grenze des SPD-Wählerpotentials ist festgeschrieben, d.h.: Zur Ablösung der Rechtskoalition wird die SPD gebraucht, andererseits ist sie nicht stark genug, die Ablösung aus eigener Kraft zu vollbringen.

Unter dem Druck der Wahlarithmetik könnte die SPD zu inhaltlichen Zugeständnissen gebracht werden, denn die inhaltlichen Prüfsteine entspringen nicht einer Absage an politischen Machtinstinkt, sondern aus Abgrenzungsmanövern, die die SPD aus Rücksicht auf bürgerliche Wählerschichten führt.

THESE 7

Die Grünen formulieren den Anspruch, zugleich Partei und Bewegung zu sein. Die Widersprüche, die daraus entstehen, bestimmen wesentlich ihre Funktion innerhalb der derzeitigen Parteienkonstellation und zeigen ihre Probleme im Rahmen eines linksdemokratischen Reformbündnisses auf. In der gegenwärtigen Situation befinden sich die Grünen in einem Übergangsstadium. Ursprünglich sammelten sie Protestwähler und Unzufriedene, aber auch Betroffene von der Zerstörung ihrer Lebenszusammenhänge um sich. Ihr Einzug in Parlament war nur ein manifester Ausdruck der Ablehnung der etablierten Parteien. In dem Maße, in dem sie Wahlerfolge erzielen, wandelt sich der Anspruch der Wähler an ihre Partei. Ihre Politik wird nicht mehr über die Ablehnung und den Protest honoriert, sondern über die parlamentarischen Erfolge und Mißerfolge. Ausgehend von ihrer sozialen Basis, die aus Verweigerern einerseits und von den etablierten Parteien Ausgegrenzten andererseits besteht, befinden sich die Grünen in einem strategischen Dilemma. Die Forcierung der Tolerierungspolitik würde den Ausstieg der Verweigerer bedeuten; die Absage an die SPD würde den Rückzug der vormals ausgegrenzten Linken in die SPD bedeuten. Mit dem Versuch der Grünen, ein für sie mehrheitsfähiges Konzept für eine Tolerierungspolitik, die als Vorstufe eines Reformbündnisses gelten kann, zu entwickeln, verschärft sich für sie der vordergründige Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie. Bezüglich der Entwicklung eines Reformbündnisses ergibt sich für die

Einbeziehung der Grünen folgende Perspektive; Im Zuge der Parteiwerdung der Grünen bei gleichzeitigem Anwachsen der außerparlamentarischen Bewegungen, v.a. im sozialen Bereich, und der Emanzipation dieser Bewegungen von den Grünen, geraten diese unter Zwang, pragmatische Handlungsvorgaben in ihre Konzepte einzufügen, um ihre parlamentarische Wirksamkeit erhalten zu können. Dieses muß als Definition von inhaltlichen Schnittlinien mit anderen Parteigruppierungen aufgegriffen werden und politisch-strategisch umgesetzt werden.

THESE 8

Zu den relevantesten, zugleich aber auch am schwersten faßbaren Erscheinungen in den politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre gehören die vielfältigen außerparlamentarischen Bewegungen. Ihre inhaltlichen und strategischen Konzepte decken die ganze Bandbreite linker Theorie- und Praxisansätze ab.

Ihre (noch) nicht integrierten Widerstandspotentiale, deren Stärke primär im Anwachsen sozialer, politischer und ökonomischer Konfliktzonen besteht, unterliegen der Gefahr (1) der Parlamentarisierung und (2) einer zur Wirkungslosigkeit führenden individuellen/kollektiven Verweigerung. Dieser Widerspruch führte zur Ausbreitung eines "autonomistischen Selbstverständnisses" innerhalb der neuen sozialen Bewegungen. Das politische Dilemma der Autonomisten liegt darin, daß sie einerseits auf die Verwirklichung eines "repressionsfreien Gesellschaftsmodells" hin orientieren, das gedanklich (noch) nicht faßbar ist, daß ihnen andererseits ein "Revolutionsmodell" fehlt und ihr strategisches Verhalten aus Leistungsverweigerung und dem Ausleben "neuer, unbefleckter Sensibilität" besteht. So gesehen, ist die Krise der Politikformen auch eine perspektivische Orientierungskrise, die ihren Ausdruck in der Aufsplitterung in viele "Ein-Punkt-Bewegungen" gefunden hat.

Die Bildung eines linksdemokratischen Reformblocks ist also nur unter Einbeziehung der Kräfte der außerparlamentarischen Bewegungen möglich, die der Orientierungslosigkeit der Autonomisten einen im weitestens Sinne der "Zwei-Wege-Strategie" Ansatz entgegensetzen. Dabei ist davon auszugehen, daß der Widerspruch zwischen "Zwei-Wege-Strategie" und "Autonomisten" in allen neuen sozialen Bewegungen auftritt.

Von daher muß die inhaltliche Bestimmung eines linksdemokratischen Reformbündnisses alle außerparlamentarischen Fragestellungen aufgreifen. Gleichzeitig entsteht dadurch die Möglichkeit strategische Anknüpfungspunkte für einen weitergehenden außerparlamentarischen Widerstand zu finden.

THESE 9

"Der politische Liberalismus entstand als Emanzipationsbewegung des Besitzbürgertums im Frühkapitalismus gegen den feudalen Staat. Eine sozialistische Bewegung im marxistischen Sinne war zu dieser Zeitpunkt nicht möglich, da dessen Subjekt, das Industrieproletariat, erst im Entstehen war. Lohnabhängige und Bürger hatten objektiv gleichgerichtete Interessen, die im Kampf gegen den feudalen Staat gipfelten. Mit weitgehender Durchsetzung bürgerlicher Forderungen und Aufkommen der emanzipatorischen Bewegung des Proletariats (Sozialismus) wurde der Großteil der liberalen Bewegung zu einer bewahrenden politischen Macht, die ihren Besitzstand gegen noch vorhandene feudale Strukturen und die Restauration des Feudalismus verteidigten, sich andererseits aber auch immer mehr gegen die anwachsende Macht des Proletariats wendete. Dies brachte einen Großteil der liberalen Bewegung (Nationalliberale) schließlich in zunehmendem Maße in die politische Abhängigkeit der Konservativen (...)
(Leverkusener Manifest, B Analyse, I Historische und Gegenwartsanalyse, S. 2, 1971)

Die unterschiedlichen Strömungsansätze des Liberalismus - sozial/linksliberaler wie national/wirtschaftsliberaler Prägung - bestehen bis in unsere Zeit fort; ihr sichtbarster Ausdruck ist die in einigen westeuropäischen Staaten erfolgte organisatorische Trennung. Die FDP 1948 als gemeinsamer organisatorischer Zusammenschluß (mit ausgesprochen nationalliberaler Ausrichtung) gegründet - hat ihren 1971 in den "Freiburger Thesen" formulierten Anspruch einer sozialliberalen Reformpartei des demokratischen und sozialen Liberalismus verlassen und den Weg einer rechtsliberalen, einseitig an Kapitalinteressen ausgerichteten Politik eingeschlagen. Der sozialliberale Strömungsansatz, dessen soziale Basis im fortschrittlichen Bildungs-

bürgertum besteht, bedarf deshalb auch in der Bundesrepublik einer eigenständigen, organisatorischen Zusammenfassung, wenn er sich dabei als Teil einer sozial parteilichen, gesellschaftspolitischen Reformstrategie zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Bürgerrechte und der Friedenssicherung durch militärische Abrüstung begreift. Dieser Ansatz kann eine Perspektive gewinnen, wenn er überdies den "Fehler einer reinen Wahlparteikonstituierung" vermeidet und sich auch als Bündnispartner innerhalb und gegenüber den sozialen Basisbewegungen entwickelt. Aber selbst dieser günstigstensfalls mögliche Ansatz dürfte die Jungdemokraten als radikaldemokratischer Jugendverband nicht zur Aufgabe unserer Zwei-Wege-Strategie mit dem Primat der außerparlamentarischen Arbeit veranlassen.

THESE 10

Jungdemokraten organisieren einen Teil der fortschrittlichen Jugendlichen.

Sie stellen eine eigenständige politische Strömung dar, die sich in der Tradition freiheitlicher Bewegungen des 19. Jh sieht und über die Weiterentwicklung dieser Theorien zu einem materialistischen Freiheitsbegriff eine antikapitalistische Position einnimmt.

Jungdemokraten gehen davon aus, daß parlamentarische Entscheidungsprozesse den strukturellen Bezugsrahmen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht überschreiten, mithin das institutionalisierte Vertretungssystem auch nicht eigenständiger Trägersystemverändernder (=antikapitalistischer) Veränderungen sein kann.

Aufbauend auf ihre antikapitalistische Orientierung und ihre Parlamentarismuskritik verfolgen Jungdemokraten ein 2-Wege-Strategie. Der erste Weg, die außerparlamentarische Basisarbeit, knüpft an den sozialen, kulturellen und materiellen Interessen der sozialen Basis der Jungdemokraten an und findet ihren praktischen Niederschlag in Arbeitsfeldern wie Schülerarbeit, Studentenpolitik, Frauenarbeit, Friedensarbeit, Ökologie u.a.

Der zweite Weg, die Zusammenarbeit mit parlamentarischen Kräften, soll die Arbeitsmöglichkeiten auf dem ersten Weg absichern bzw. wenn möglich verbreitern.

Diese Gewichtung der beiden Wege baut auf der Erkenntnis auf, daß nur der erste Weg über eine bewußtseinschaffende Politisierung in der Lage ist, die Grundlage für eine Systemüberwindung zu schaffen. Deshalb ist es für die Jungdemokraten unverzichtbar, außerparlamentarische Basisaktivitäten als Arbeitsschwerpunkte des Verbandes zu formulieren und umzusetzen.